



Suchergebnisse: Kritik

Juli 1148 – Dank der Templer endet der Kreuzzug nicht in einem Desaster

Damaskus * Die Kreuzfahrer können zwar die Obstgärten von Damaskus erobern, stoßen aber auf heftigen Widerstand und verlegen deshalb ihre Truppen in den Osten der Stadt. Doch dieses Gebiet war eine offene Ebene, die weder Schutz noch Wasser bot, sodass die christlichen Kampftruppen schließlich zum Rückzug gezwungen waren. Die Templer erwerben sich durch ihre Teilnahme am Zweiten Kreuzzug den Ruf fanatischer Kämpfer von großem Mut, äußerster Disziplin, aber auch von außerordentlicher Überheblichkeit. Frankreichs König Ludwig VII. berichtet, dass es nur den Tempelherren zu verdanken sei, dass der falsch geplante und schlecht geführte Kreuzzug nicht in einem Desaster endete. Es folgen wechselseitige Beschuldigungen, die das Verhältnis zwischen dem Abendland und den Kreuzfahrerstaaten auf Jahre hin vergiften. Und die Akteure des Zweiten Kreuzzuges beschönigen die Geschichte, indem sie eisern die Schmach verschweigen oder schön reden. Die Kritiker, die den Tod von vielen Tausenden als sinnlose Opfer bezeichnen, werden immer lauter. Bernhard von Clairvaux, der in seinen Kreuzzug-Predigten sagte: „Im Tod des Heiden sucht der Christ seinen Ruhm, weil Christus verherrlicht wird“, erklärt jetzt, dass das Desaster durch die Sünden der Pilger verursacht worden ist und dass Gott deshalb den Kreuzfahrern seinen Segen entzogen habe. Bischof Otto von Freising, ein Bruder des Stauferkönigs Konrad III. und selbst aktiver Teilnehmer am Zweiten Kreuzzug, räumt zwar den Misserfolg des Unternehmens ein, versucht aber zumindest einen kleinen Gewinn zu erkennen, wenn er den Kritikern entgegnet: „Wenn [...] unser Feldzug nicht gut war zur Ausweitung unserer Grenzen, noch für die Wohlfahrt unseres Leibes, so war er dennoch gut für das Heil vieler Seelen“. Bernhard von Clairvaux ist von der Kritik an seiner Person schwer enttäuscht, weshalb er sich gegenüber Papst Eugenius III. ausführlich rechtfertigt und dabei jede Schuld von sich weist: „Wir eilten nicht dorthin wie ins Ungewisse, sondern auf Deinen, ja durch Dich auf Gottes Befehl“. Der Zisterzienser-Abt lässt sich schließlich in Chartres erneut zum Anführer eines Kreuzzuges wählen, doch der Papst will nach den gemachten leidigen Erfahrungen diesen Plan erst fördern, wenn die Aussicht auf Erfolg auch gesichert ist.

5. November 1414 – Auf dem Konzil von Konstanz soll das Schisma überwunden werden

Konstanz * Das Konzil von Konstanz beginnt. Es dauert bis zum 22. April 1418. Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Konzils ist die Beendigung des Abendländischen Schisma und damit die Wiederherstellung der Einheit der Kirche. Die Lösung besteht darin, alle drei Päpste



abzusetzen und einen neuen, von allen anerkannten Papst zu wählen. Doch auf dem Konzil wird nach kurzer Zeit eine ungewöhnliche Reform des Stimmrechts unternommen: Fortan gilt nicht mehr das Prinzip ein Teilnehmer, eine Stimme, sondern es wird nach Nationen abgestimmt, wobei jede Nation nur eine Stimme haben soll. Damit haben die Italiener nur noch eine Stimme, die gegen die drei anderen Nationen England, Deutschland und Frankreich sowie die des Kardinalskollegiums steht. Dem Kirchenkritiker Jan Hus, dem König Sigismund freies Geleit zugesichert hatte, wird auf dem Konzil von Konstanz der Prozess gemacht und am Scheiterhaufen verbrannt.

6. Dezember 1414 – Jan Hus wird in Konstanz in einem Verlies inhaftiert

Konstanz * Jan Hus wird auf der Dominikanerinsel in Konstanz in einem Verlies inhaftiert. Weil Jan Hus seine Thesen nicht widerrufen will, wird der Geleitbrief des Königs für den Kritiker für ungültig erklärt, weil jetzt nicht mehr die weltliche Ordnung für ihn zuständig sei, sondern die kirchliche. Außerdem war die Zusage - nach damaliger Rechtsauffassung - sowieso ungültig, weil es gegenüber einem Häretiker keine verpflichtende Zusage geben kann.

24. Dezember 1414 – König Sigismund trifft in Konstanz ein

Konstanz * König Sigismund trifft in Konstanz ein. Er ärgert sich zwar über den von ihm ausgestellten und von den Kirchenoberen gebrochenen Geleitbrief für Jan Hus, unternimmt aber nichts zur Hilfe des Kirchenkritikers.

24. März 1415 – Jan Hus wird vom Verlies in eine gesündere Unterkunft gebracht

Konstanz * Schlecht genährt und krank wird Jan Hus vom Verlies auf der Dominikanerinsel in Konstanz in eine gesündere Unterkunft gebracht. Er kommt in den Gewahrsam des Bischofs von Konstanz. Der Kirchenkritiker soll zwar seine Thesen widerrufen, doch ein toter Jan Hus nützt niemanden.

1563 – Der Jesuiten Petrus Canisius predigt die Hexenverfolgungen

München * Petrus Canisius, der wortgewaltige jesuitische Ordensprovinzial für Oberdeutschland, schreibt: „Überall bestraft man die Hexen, welche merkwürdig sich mehren. Ihre Freveltaten sind



entsetzlich. [...] Man sah früher in Deutschland niemals die Leute so sehr dem Teufel ergeben und verschrieben. [...] Sie schaffen viele durch ihre Teufelskünste aus der Welt und erregen Stürme und bringen furchtbares Unheil über Landleute und andere Christen. Nichts scheint gesichert zu sein gegen ihre entsetzlichen Künste und Kräfte“. Ohne jeden Zweifel an der Existenz der Hexenverbrechen oder Kritik an den angewandten ungesetzlichen Inquisitionsverfahren, das gegen alle strafprozessrechtlichen Bestimmungen der „Carolina“ verstößt, predigt er im Augsburger Dom über die in Wiesensteig und im schwäbischen Raum stattfindenden Hexenverfolgungen. Die juristischen und medizinischen Einwände interessieren den Jesuiten nicht. Für ihn steht die Theologie weit über der Jurisprudenz.

März 1589 – Maximilian I. ist bei Folterungen von Hexen anwesend

Ingolstadt * Maximilian I., Sohn Wilhelms V. und späterer bayerischer Herzog und Kurfürst, studiert an der Hohen Schule in Ingolstadt Rechtswissenschaften. Sein Lehrer ist der Doktor beider Rechte, Johann Baptist Fickler, der Hexerei als eine Realität betrachtet und sie als einen Fluch des Teufels bezeichnet, dem mit allen Strafmitteln begegnet werden muss. Dem Hexenwahn steht der studierte Jurist ebenso mit Arglosigkeit und Kritiklosigkeit gegenüber, wie sein Zögling Herzog Maximilian I.. Man lässt den damals gerade 17-jährigen Prinzen der Folterung von Hexen beiwohnen. Nach solcher Vorbereitung auf den Regentenberuf kann es nicht überraschen, dass Maximilian I. der ärgste Hexenverfolger unter den bayerischen Fürsten wird.

6. April 1590 – Die Hexen-Gutachten des Hofrats und der Universität Ingolstadt

München - Ingolstadt * In dem Gutachten des Hofrates werden zunächst ausdrücklich die Meinungen derjenigen protestantischen Hexenverfolger zurückgewiesen, die gemäßigt auftreten. Dazu gehören Johannes Brenz aus Stuttgart und seine Anhänger, die jede Möglichkeit eines tatsächlichen Wetterzaubers abstreiten. Wetter sind eine Angelegenheit der Natur oder Gottes, nicht aber Sache „alter Weiber“ oder gar des „Teufels“. Nach dem Hofratsgutachten ist den Katholiken künftig jeder Zweifel an der Existenz der Hexen, des Teufelspakts, des Hexenflugs und des Schadenszaubers ebenso verboten wie jede inhaltliche Kritik. Auch das von vier Theologieprofessoren ausgearbeitete Ingolstädter Gutachten kommt zum Ergebnis, dass die Obrigkeit mit Eifer und Strenge gegen die Hexen vorgehen und es den Untertanen zur Pflicht machen soll, Verdächtige zu denunzieren. Die Gutachten folgen alleine den katholischen Autoren und unter diesen wiederum nur denjenigen, die die härtesten Ansichten zur Hexenverfolgung vertreten, die jemals in der europäischen dämonologischen und



juristischen Literatur zum Hexenprozess geäußert worden sind.

1605 – Herzog Maximilian I. zahlt freiwillig eine jährlich fällige Strafe

München * Der Landtag beschäftigt sich mit dem herzoglichen Weißbier-Brauwesen mit heftiger Kritik. Herzog Maximilian I. zahlt freiwillig jährlich eine sogenannte „Komposition“ in Höhe von 10.000 Gulden.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

25. August 1801 – Kurfürst Max IV. Joseph nimmt die Reform Baierns in Angriff

München * Mit tatkräftiger Unterstützung seines Ministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas nimmt Kurfürst Max IV. Joseph eine Reform seines Landes in Angriff. Zur dauerhaften Stabilisierung des Staates ist eine Umverteilung von Rechten, Pflichten und Chancen notwendig. Zu dieser Revolution von oben gehört auch die revolutionäre Gleichbehandlung aller Baiern, mit



dem Anspruch des Herrschers, „allen Untertanen, Reichen und Armen, Witwen und Waisen, Geistlichen und Weltlichen, gleiches Recht und Schirm zu verschaffen“. Durch diese Reformen kann der Baiernregent einen Großteil der Kritik, die zu Beginn seiner Regierung die öffentliche Debatte geprägt hatte, den Boden entziehen. Vieles von dem wird beseitigt, was unter der Regentschaft des Kurfürsten Carl Theodor als willkürlich und korrupt angegriffen worden ist. Gleichzeitig lässt er energisch eingreifen und setzt sich mit Militärgewalt durch, wenn seiner Politik offene Auflehnung entgegen schlägt. Beides, die umfangreichen und weitreichenden Reformen sowie das energische und harte Durchgreifen, lassen die heftige Kritik der Anfangsjahre und jedes Auflehn gegen seine Politik allmählich verstummen. Durch sein leutseliges Verhalten kann Kurfürst Max IV. Joseph sogar die Zuneigung der Münchnerinnen und Münchner erringen und sich so zu einer der beliebtesten Persönlichkeiten der Wittelsbacher hocharbeiten. Schon bald gehören die anfänglichen Differenzen zwischen dem Herrscher und dem bayerischen Volk der Vergangenheit an.

22. März 1805 – Die Militärbehörde erhält das säkularisierte Kloster der Hyronymiten

München-Lehel * Kurfürst Max IV. Joseph überträgt der Militärbehörde das säkularisierte Kloster „der Hyronymitaner im Lehel nebst dem Garten, jedoch mit Ausnahme der Kirche, welche Wir zur Pfarrkirche bestimmt haben“. Der Regent will das Kadetten-Korps vom Wilhelminum hierher verlegen. Doch dazu müssen erst für die das Kloster noch bewohnenden drei Hieronymiten und drei kurfürstliche Jäger eine Unterkunft gefunden werden. Und selbst dann ist das Gebäude noch höchst ungeeignet, da zwischen dem südlich der Kirche liegenden Konventtrakt und dem an der Kirchen-Nordwand neu anzubauenden Erweiterungsbau das Gotteshaus liegt. Die vorgelegten Baupläne stoßen auch wegen der zu gering bemessenen Kadettenplätze, der nicht ausreichenden Unterrichtsräume und des fehlenden Zimmers „für die physikalischen Apparaturen“ auf Kritik. Vor allem missfällt dem Kadettenerzieher, dass die Schlafräume für die zivilen Dienstmägde mitten im Unterkunftsbereich der Kadetten liegen und so „die skandalösesten Auftritte und Ausschweifungen“ zu befürchten wären. Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass „die Lage des Hieronymitaner-Klosters, sowohl wegen dessen Verbindung zu den übrigen Kasernen, und hauptsächlich wegen dem nahe vorbeifließenden Wasser ungemein vorteilhaft zu einer Kaserne“ ist.

6. August 1824 – Johann Peter von Langer stirbt

Haidhausen * Johann Peter von Langer stirbt. Noch kurz vor seinem Tod äußert er sich vor seinen Studenten folgendermaßen: „Meine Herren, es gibt nur drei wahrhaft große Künstler: Der



Erste war Raffael, der Zweite ist mein Sohn und den Dritten verbietet mir die Bescheidenheit, Ihnen zu nennen!“ Kritik nahm er nicht mehr wahr. Den Bestrebungen, ihn als Akademiedirektor abzusetzen, muss er sich nicht mehr stellen, da er das Zeitliche segnet. Robert von Langer erhält zwar das väterliche Adelsprädikat übertragen, doch für das Amt des Akademie-Direktors wird im gleichen Jahr Peter Cornelius berufen.

1827 – Immanuel Kants Buch „Kritik der reinen Vernunft“ wird verboten

Rom-Vatikan * Immanuel Kants Buch „Kritik der reinen Vernunft“ wird wegen der darin enthaltenden Widerlegungen der Gottesbeweise vom Vatikan auf das Verzeichnis verbotener Bücher gesetzt.

1. September 1833 – Leo von Klenze legt die Grundzüge seiner Planungen vor

München-Graggenau * Leo von Klenze legt dem König die Grundzüge seiner Planungen für den Platz vor der Oper in Form von zwei Baulinienalternativen vor. Die eine führt zu einer symmetrischen Platzgestalt, indem der Königsbau und die geplante neue Fassade der Hauptpost zwei gleich große Flächen beidseitig der Mittelachse begrenzen, die ihrerseits durch die Längsachse des Nationaltheaters und den geplanten Aufstellungsort des Max-Joseph-Denkmal festgelegt ist. Diese Symmetrie ist allerdings nur um den Preis einer „ganz in die Karikatur fallende Breite“ des Postgebäudes von etwa vier Metern zu erreichen. Der zweite Vorschlag rückt die Bauflucht weiter in den Platz, ausgerichtet auf die Südecke der Perusagasse, was erheblichen Gewinn an Raumtiefe für das Postgebäude bedeuten würde. König Ludwig I. entscheidet sich für die erste Lösung, da im anderen Falle das Denkmal für seinen Vater aus der Platzmitte geraten würde. Mit der Hauptpost soll ein markantes Beispiel für die hauptsächlich auf Stadtverschönerung ausgerichtete Baupolitik Ludwigs I. entstehen. Es ist aber zugleich ein Musterbeispiel dieser höchst fragwürdigen Baupolitik. Um seine Planungen verwirklichen zu können, braucht der König öffentliche und private Investoren, die seine gestalterischen Ideen unter Vernachlässigung von wirtschaftlichen und funktionalen Überlegungen akzeptieren. Private Bauherren lassen sich unter solchen Bedingungen kaum noch finden. Das haben nicht zuletzt die Erfahrungen in der Ludwigstraße gezeigt. Doch auch die Veranlassung öffentlicher Bauaufträge gestaltet sich zunehmend schwierig. Die staatlichen Aufwendungen für königliche Luxusbauten geraten immer stärker in die Kritik. Insbesondere im Umgang mit der Ständeversammlung, die die Ausgaben bewilligen oder, wie bei der Hauptpost, im Hinblick auf weitere Bauaufgaben zumindest akzeptieren soll, findet Ludwig eigene Wege. Im Fall des Postgebäudes ist dies eine Mischung aus Täuschungsmanövern, neoabsolutistischer



Herrscherwillkür sowie einer Instrumentalisierung von teils opportunistischen, teils ahnungslosen Beteiligten. Denn letztlich werden bei den äußerst komplizierten und kaum durchschaubaren Vorgängen, bei denen man auch den Einsatz eines Strohmannes und die bewusste Verfälschung und Verschleierung wichtiger Tatsachen nicht scheut, nahezu alle mit den Plänen befassten Instanzen, von der Postadministration über das Ministerium des Königlichen Hauses, des Innen-, Außen- und Finanzministeriums und der Ständevertretung, in unterschiedlicher Form und in jeweils anderen Punkten getäuscht und ausgenutzt.

13. Oktober 1835 – Die feierliche Enthüllung des Max-Joseph-Denkmal

München-Graggenau * Die feierliche Enthüllung des Max-Joseph-Denkmal findet statt. Es ist der zehnte Todestag des Königs. Seit dem Beschluss des Magistrats bis zur Einweihung des Monuments sind fünfzehn Jahre vergangen und selbst die Grundsteinlegung liegt schon elf Jahre zurück. Das Max-Joseph-Denkmal gilt schon der Kunstkritik des 19. Jahrhunderts als das künstlerisch herausragendste Herrscherdenkmal der Epoche.

29. Februar 1844 – Lola Montez hat mit Franz Liszt in Dresden eine kurze Liaison

Dresden - Paris * Lola Montez taucht in Dresden auf, wo sie mit dem Klaviervirtuosen Franz Liszt, dem damals „umschwärmtesten Mann“, eine kurze Liaison hat. Nach einem Ohrfeigenduell mit einem italienischen Tenor ist Lola auf der Flucht nach Paris, wo die „Spanische Tänzerin“ an der weltberühmten Oper durchfällt und erneut Zweifel an ihrer Herkunft hochkommen. Ein Kritiker schreibt: „Mlle. Lola hat kleine Füße und schöne Beine. Aber wie sie sie nutzt, ist eine andere Angelegenheit. Es muss zugestanden werden, dass die Neugierde, die durch Lola Montez' Pferdepeitschen-Unterhaltungen mit der preußischen Polizei erregt wurde, nicht befriedigt worden ist.“

3. Mai 1847 – Das Gelände der Schießstätte wird an die Eisenbahn verkauft

München-Ludwigsvorstadt - München-Maxvorstadt * Das Gelände der Königlich Privilegierten Hauptschützengesellschaft wird an die staatliche Generalverwaltung der Kgl. Eisenbahnen um 150.000 Gulden verkauft. Weil aber viele Bürger die Notwendigkeit der Eisenbahn nicht anerkennen, beschwerten sie sich in einer Petition über den Verkauf der Schießstätte. Für die Beschwerdeführer ist die Eisenbahn ein „unnützes Spielzeug finanzkräftiger und prestigeseüchtiger Bürger“. Außerdem, so die Kritiker, schadet das Reisen mit der Eisenbahn -



durch die Rauchentwicklung, der die Passagiere schutzlos ausgeliefert sind - der Gesundheit. Tatsächlich verfügt damals nur die erste Wagenklasse über verglaste Fenster; die Wagen der 4. Klasse sind nicht einmal überdacht. Und da die München-Augsburger-Eisenbahngesellschaft statt der teuren Kohlen mit Torf und Holz heizt, regnet es nicht selten auch brennende Funken und Späne auf die Passagiere nieder. Die Argumente änderten letztlich aber nichts am Verkauf der Schießstätte. Doch zur Beruhigung der Situation lässt König Ludwig I. die zu fällenden Kastanien ausgraben und am Wittelsbacher Palais wieder einpflanzen.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.

3. November 1858 – Die Maximilianstraße, Münchens teuerster Boulevard

München-Graggenau - München-Lehel * Der neue Boulevard erhält die offizielle Bezeichnung Maximilianstraße. Es ist eine großartige Straßenachse entstanden, die in der deutschen Architektur des 19. Jahrhunderts keinen Vergleich zu scheuen braucht. Die Münchner sind allerdings weniger mit den neugotischen Fassadenvorstellungen Friedrich Bürkleins einverstanden und so hagelt es durchwegs vernichtende Kritik am neuen Baustil. Leo von Klenze schreibt unter anderem: „Der Einfluß des Hofsekretärs Hofmann für seinen Freund Bürklein [...] bewirkte nun, daß der König sich der Illusion hingab, ein gewisses architektonisches Ragout, ein Mixtum compositum, welches ihm der Baurath Bürklein servierte, für einen wirklich neuen Baustyl anerkennen zu dürfen, dasselbe den maximilianischen Styl taufte und seine Anwendung bei allen nur aufzufindenden Gelegenheiten durch eigene Verordnung befahl.“ Noch erbarmungsloser fällt die Kritik des Ex-Königs aus: „Was man da gebaut hat“, sagt Ludwig I. zu Leo von Klenze, „ist das Abscheulichste, das ich kenne“ und weigert sich strikt, die Konkurrenz seiner Prachtstraße zu besich---tigen. Doch in der Maximilianstraße, immerhin „Münchens



teuerstem Boulevard“, pulsiert das großstädtische Leben - im Gegensatz zur menschenleeren, sterilen, verkehrsreichen und autobahnähnlichen Ludwigstraße. Dass es zu der teilweise vernichtenden Kritik am Maximilianischen Stil kommt, liegt zu einem erheblichen Teil an dem ewig zaudernden und unsicheren Bayernkönig Max II., indem er mitten im Bau der Maximilianstraße die Konzeption abändert. So lässt er das fast fertiggestellte Taubstummeninstitut wieder abreißen, um eine einheitliche Bebauung am Forum zu erhalten. Und kurz vor seinem Tod ordnet er noch an, dass am Maximilianeum die gotisierenden Spitzbögen in Rundbögen abgeändert werden müssen, wodurch der Bau im Gegensatz zum ganzen Straßenzug einen Renaissance-Charakter erhält. Diese Stiländerung nimmt der Schweizer Kulturhistoriker Jacob Burckhardt in seiner Kritik auf. Er schreibt zum Maximilianeum: „[...] Ich habe nur deshalb Dankbarkeit für das Gebäude empfunden, weil es wenigstens äußerlich in die Formen der Renaissance hinüberleitet und den Geist von dem jämmerlichen Gotisch der Maximilianstraße befreit.“

1864 – Papst Pius IX. erlässt eine Enzyklika aller zeitgenössischen Irrlehren

Rom-Vatikan * Papst Pius IX. erlässt - wieder ohne Konzil - die Enzyklika Quanta Cura, den sogenannten „Syllabus“, der eine Aufstellung von achtzig zeitgemäßen Irrlehren enthält. Dazu gehören nicht nur der Pantheismus, Naturalismus und Rationalismus, sondern vor allem der Sozialismus, Kommunismus sowie irrige Anschauungen über die Natur der Ehe und das Verhältnis von Staat und Kirche. Verurteilt wird auch der ungezügelter Fortschrittsglaube und der Liberalismus, der die Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die „Kurie“ sieht ihren Feind in der modernen Welt. Deshalb ist sie gegen die Glaubensfreiheit, Gewissens-, Kult-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Demokratie. Im Gegensatz dazu verlangt der Papst im „Syllabus“ die Oberhoheit der Kirche über die staatliche Gewalt. Auf Kritik an der römisch-katholischen Kirche und auf Individualismus antwortet sie mit dem Anspruch, dass nur sie selbst auf Erden die Sache Gottes „ausschließlich, alleinig und entscheidend“ vertreten könne. Wer zu dieser Kirche nicht gehören will, der muss sie eben verlassen. Besonders in Deutschland entbrennt daraufhin eine Auseinandersetzung, in deren Folge es zum sogenannten Kulturkampf kommt.

5. Februar 1864 – Spitzbogenarkaden werden durch Rundbogenarkaden ersetzt

München-Haidhausen * Kurz vor seinem völlig unerwarteten Tod ordnet König Max II. eine entscheidende Planänderung am Maximilianeum an - obwohl der Mitteltrakt des Westbaus bereits über das erste Obergeschoss hinaus errichtet ist. Aufgrund zunehmender Kritik werden



die ursprünglich vorgesehenen Spitzbogenarkaden durch Rundbogenarkaden im Stil der Neurenaissance ersetzt. Damit kommt es faktisch zu einer Abkehr vom ursprünglich angestrebten Maximiliansstil.

14. Oktober 1872 – Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt zieht in die Ludwigstraße

München-Maxvorstadt * Die Kreislehrerinnenbildungsanstalt für Oberbayern hat im Gebäude des Damenstifts an der Ludwigstraße ihre neue Unterkunft gefunden. Die Lehramtsaspirantinnen müssen eine höhere Erziehungs- und Unterrichtsanstalt besuchen und anschließend eine zweijährige Fachausbildung durchlaufen, werden aber nicht in den gleichen Fächern ausgebildet wie die Männer. Behörden und Lehrer sehen die Frau in der Schule - zwar als einen hübschen, aber dennoch - als Ärgernis erregenden Fremdkörper an. Kritiker betonen, dass der Körper der Lehrerinnen „den Anstrengungen des Schulberufs weniger gewachsen ist als der der Männer. Wir Deutsche aber, die dem konzentrischen Drucke aller Völker Europas ausgesetzt sind, können die Verweiblichung am allerwenigsten brauchen. Wir können uns in unserer Stellung nur halten aufgrund jener harten Männertugenden, die das schönste Erbe des deutschen Volkes sind.“ Die Lehrerinnen werden von ihrem männlichen Kollegen verteufelt, obwohl ihr Lohn sowieso schon geringer als der ihrer männlichen Kollegen ist. Außerdem haben die meisten weiblichen Lehrkräfte keine feste Anstellung und kommen über die untersten Stufen der Hierarchie nicht hinaus. Hinzu kommt noch ein strenges Zölibat, ein Heiratsverbot. Das verordnete Eheverbot für die Lehrerinnen ist ein wirksames Mittel, die Quote der weiblichen Lehrkräfte niedrig zu halten. Die Unvereinbarkeit zwischen Ehe und Lehrberuf wird begründet und verteidigt. So kommt der Bayerische Landtag zur Erkenntnis, dass das Eheverbot „einem dem Interesse der Schule schädlichen Widerstreit zwischen den Pflichten einer Frau als Lehrerin und als Ehefrau“ zuvorkomme.

1874 – Die Arbeiten an der Baron Schack'schen Galerie sind abgeschlossen

München-Maxvorstadt * Die Arbeiten an der Baron Schack'schen Galerie sind abgeschlossen. Die Münchner Stadtchronik schildert die nahe Vollendung des Gebäudes so: „Er verspricht eine der bemerkenswertesten Zierden Neu-Münchens zu werden. Die Fassade dieses Baues ist im Spätrenaissance-Styl gehalten, die ursprünglich einen zwar überaus reichen und eigentümlichen, aber etwas unruhigen Eindruck machte, hat in letzter Zeit an Einheit und Harmonie wesentlich gewonnen.“ Und tatsächlich ist es Lorenz Gedon gelungen, mit dem Gebäudekomplex den ersten privaten Neo-Renaissance-Bau in München zu erstellen. Weil er damit einen Stil schafft, den es in München bisher so nicht gibt, kommen Besucher aus ganz Deutschland und aus Wien,



um sich zu informieren, den Bau zu bewundern oder einen Auftrag in Gedons Stil zu vergeben. Lorenz Gedons Werk wird - trotz der zum Teil erheblichen Kritik besonders aus den Reihen der Architekten - die Fassadengestaltung vieler nachfolgender Bauten nachhaltig beeinflussen.

1875 – Hubert Herkomer malt sozialkritische Themen

England * Hubert Herkomer ist für seine ausdrucksvollen Darstellungen der Armen der Stadt und sozialer Probleme bekannt. Er malt Bilder mit dem Titel „Harte Zeiten“ oder „Im Streik“.

25. Februar 1878 – Die Münchner Pferdetrambahn geht faktisch in neue Hände über

München * Der belgische Unternehmer Edouard Otlet, vertraglich alleiniger Besitzer der Münchner Pferdebahn, gründet die „Société Anonyme des Tramways de Munich“ mit Sitz in Brüssel und einer Vertretung in München. Damit geht die Münchner Pferdetrambahn faktisch in neue Hände über. Die Münchner Stadtväter vermuten, dass Otlet lediglich als Strohmännchen einer französischen Investorengruppe fungiert. Tatsächlich handelt es sich bei der Gesellschaft um eine Aktiengesellschaft mit einem Betriebskapital von fünf Millionen Franc, finanziert durch eine französische Kommanditgesellschaft. In der Münchner Stadtverwaltung stößt dieses Vorgehen auf deutliche Kritik – auch deshalb, weil die von Otlet eingesetzten Direktoren in München kaum Deutsch sprechen.

20. Juni 1886 – Kritik an König Ottos I. Inthronisation

München * Der Journalist Anton Memminger schreibt in der Bayerischen Landeszeitung: „Um sich auf seinen Sesseln weiter halten und in gewohnter Weise fortwursteln zu können, hat das Ministerium Lutz den Prinzen Otto zum König eingesetzt. [...] Allein der klare Wortlaut der Verfassung widerspricht der Ernennung Ottos zum König. In der Urkunde heißt es, dass der König den Eid auf die Verfassung leisten muss. Ein Prinz, der aber nichtfähig ist einen Eid zu leisten, weil er den selben weder verstehen noch halten kann, soll der nun fähig sein, König zu werden? [...] Das ganze Volk war auch völlig verblüfft, als ihm das Ministerium einen irrsinnigen Prinzen als König vorstellte. [...] Wo soll das hinaus? Man kann doch dem Volke nicht zumuten, dass es die Ehrfurcht, Liebe und Achtung, die es dem genialen König Ludwig II. auch im Unglück nicht versagte, auf einen unheilbaren blödsinnigen Prinzen überträgt.“ Der Verfasser der Zeilen wird wenig später deswegen verurteilt.



August 1887 – Münchens neue Hauptsynagoge prägt das Stadtbild

München-Kreuzviertel * Im Sommer 1887 können die Außen- und Innenarbeiten an der Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7 abgeschlossen und der Sakralbau seiner Bestimmung übergeben werden. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbstständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Das „Münchener Tagblatt“ vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmückkästchen München“ nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ sei. „Besonders markant und in die Augen springend ist der Turm, der an der westlichen Front über der Vorhalle des Männerraumes und einem Teile der Frauen-Empore errichtet ist. Den Hauptteil der Synagoge bildet der dreischiffige, in 5 Joche gegliederte Hallenbau, der bei einer Länge von 50 Metern rund 30 Metern Breite hat. Das Mittelschiff hat eine Höhe von 18 Metern, die Seitenschiffe von 15 Metern.“ Über die Ausgestaltung im Inneren schreibt der Rabbiner Leo Baerwald: Sie ist „von wohthuender Harmonie in Farbe und Proportionen und wirkt, ohne überladen zu sein, prächtig, da die Synagoge sonst Schlichtheit ausweist“. Und tatsächlich entstand mit der neuen Synagoge ein Bauwerk, das das gewachsene Selbstverständnis der jüdischen Gemeinde Münchens für jedermann weithin sichtbar macht. Das imposante Bauwerk an prominenter Stelle ist ein Symbol und die stolze Demonstration der Zugehörigkeit der jüdischen Mitbürger zur Münchner Stadtgesellschaft. Die nichtjüdische Gesellschaft hat die jüdische Religiosität und Kultur inzwischen weitgehend respektiert. Bis zur Akzeptanz ist es allerdings noch ein weiter Weg. Das zeigt auch die Formensprache der Synagoge. War schon das Gebäude an der Westenriederstraße äußerlich ein schlichtes, architektonisch unauffälliges Gotteshaus, so lehnt sich auch der Neubau in seiner gestalterischen Orientierung stark an christliche Sakralbauten an. Selbst wenn das Bauwerk beeindruckender ausfiel, so musste die Israelitische Kultusgemeinde dennoch weitgehend auf eine eigenständige architektonische Ausdrucksweise verzichten.

16. September 1887 – Die Münchner Haupt-Synagoge wird eingeweiht

München-Angerviertel - München-Kreuzviertel * In den Morgenstunden begehen die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält. Um 17 Uhr erfolgt dann - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der



Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus und Zentrum der liberal ausgerichteten Mehrheitsgemeinde. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Und das Münchner Tagblatt vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmuckkästchen“ München nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ ist.

1894 – Der Bildhauer Matthias Gasteiger schenkt München das Brunnenbuberl

München-Kreuzviertel * Der Bildhauer Matthias Gasteiger schenkt seiner Heimatstadt die Brunnengruppe Satyrherme & Knabe, die im Volksmund als „Brunnenbuberl“ bezeichnet wird. Es ist sein berühmtestes Werk, für das er 1892 im Glaspalast eine Goldmedaille erhalten hatte und für das er weitere Auszeichnungen in Berlin und Wien bekam, wo er sogar das „besondere Wohlgefallen“ des Österreichischen Erzherzogs fand. Das Kunstwerk zeigt einen Knaben und eine Satyrherme. Während das Buberl spielerisch das Rohr an der Herme zuhält, spritzt aus dem Mund des Satyrn ein Wasserstrahl auf den Kopf des Jungen. Und obwohl die Münchner Kunstkritiker Matthias Gasteigers Werk als „prächtige Bereicherung“ Münchens bezeichnen, haben die Münchner Stadtväter große Probleme mit dem nackten Buberl.

1895 – Kurt Tucholskys Kritik an den Musterungen

??? * Es gibt eine grundsätzliche Kritik an der Institution Musterung und der Art ihrer Durchführung. Der Schriftsteller Kurt Tucholsky beschreibt den Typus des Musterungsarztes als einen „Hausknecht des Krieges“, einen „Zuhälter des Todes, der sich Arzt nannte“, der als „Aufreiber in Diensten der Kanonenfutterzentrale“, gemeint ist damit das Musterungsamt, das sich der Aufgabe verschrieben hat, Menschen in „ein paar hunderttausend Liter Blut, zum Schmieren der Kriegsmaschine“ zu verwandeln. Durch ihre Bereitschaft, hieran mitzuwirken sind die betreffenden Ärzte von ihrer eigentlichen Aufgabe, Feinde der Krankheiten und des Todes zu sein, zu Feinden des Lebens, also zum Gegenteil dessen, was ihr Berufsstand eigentlich sein sollte, geworden.

27. Mai 1899 – Positive Kritiken für den Kaisergarten

München-Au * Im „Münchener Lokal-Anzeiger“, der ehemaligen Zeitschrift „Münchener



Ratsch-Kathl" ist zu lesen: „Der neue ‚Kaisergarten‘ am Eingange der Au, nächst der äußeren Ludwigsbrücke, hat in seinem jetzigen Besitzer, Herrn Betz, den richtigen Mann gefunden hinsichtlich des Betriebs dieser altbekannten Volksquelle. Der große Parterre-Saal ist wie geschaffen zur Abhaltung volkstümlicher Unterhaltungen, die denn auch alle Sonn- und Feiertage, sowie Samstage, durch Sing- und Komikergesellschaften veranstaltet werden und sich eines recht regen Besuches erfreuen.“

1905 – Mata Hari ist auf dem Höhepunkt ihrer Karriere

Madrid - Monte Carlo - Wien * Mata Hari steht auf dem Höhepunkt ihrer Karriere. Sie tritt in Madrid, Monte Carlo und Wien auf. Die Kritiker liegen ihr zu Füßen.

10. August 1905 – Antisemitische Angriffe auf die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Auch die von jüdischen Unternehmern geführte Unionsbrauerei wird Ziel antisemitischer Kampagnen. In der „Münchener Bier-Chronik“ vom 10. August 1905 wird ihr Bier als die „letzte Brühe“ und als „Dividenden-Wasser“ verunglimpft. Hinter der vermeintlichen Kritik an der Qualität des Produkts stehen vielfach Ressentiments gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren wirtschaftlichen Erfolg. Der Vorfall zeigt, wie antisemitische Vorurteile zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im Wirtschaftsleben öffentlich verbreitet und zur Diffamierung jüdischer Unternehmen eingesetzt werden.

18. Dezember 1905 – Prozess gegen antisemitische Verleumdungen

München-Maxvorstadt * Gegen die diffamierenden Angriffe auf die Unionsbrauerei geht deren Eigentümer Joseph Schüle juristisch vor. Am 18. Dezember 1905 verhandelt das Amtsgericht München I im Justizpalast an der Prielmayerstraße die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Bier-Chronik“. Im Verlauf des Verfahrens zeigt sich, dass die gegen die Brauerei erhobenen Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren. Gleichzeitig treten die antisemitischen Motive hinter den Angriffen deutlich zutage. Die Verhandlung macht sichtbar, dass sich die Kritik an der Unionsbrauerei weniger gegen deren Produkte richtet als gegen die jüdische Herkunft ihres Eigentümers. Die Redaktion der „Münchener Bier-Chronik“ wird zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt und muss die Urteilsverkündung veröffentlichen. Ungeachtet dessen reagiert sie mit einem polemischen Nachbericht, der erneut antisemitische Untertöne erkennen lässt.



25. Januar 1907 – Die Hottentottenwahl bringt massive Mandatsverluste für die SPD

Deutsches Reich * Die Reichstagswahl, die sogenannte Hottentottenwahl, führt im Reich zu einem konservativen Richtungsumschwung in der Sozialdemokratischen Partei. Die Reichstagswahl bringt für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands - SPD herbe Mandatsverluste ein. Die Sozis stürzten - auch aufgrund des ungerechten Dreiklassen-Wahlrechts - von 81 auf 43 Sitze im Reichstag ab und verlieren somit 38 Mandate. Das ist die schwerste Wahlschlappe, die die SPD bis dahin einstecken musste. Der Reichsregierung ist dies zweifellos mit ihrem Appell an die vaterländischen Instinkte gelungen. Gleichzeitig war dadurch die Kolonialismus-kritische schwarz-rote Mehrheit im Reichstag gebrochen. Die Konservativen, bestehend aus der Deutschkonservativen Partei, der Deutschen Reichspartei und der Nationalliberalen Partei billigen umgehend den Nachtragshaushalt und damit die weitere Finanzierung des Kolonialkrieges in Übersee. Für die Sozialdemokratie hat der Ausgang der Wahl einen erzieherischen Einfluss. Die SPD-Parteiführung will künftig ihre nationale Zuverlässigkeit stärker in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet aber gleichzeitig die „Bereitschaft zur Vaterlandverteidigung“ nach vorne und die Kritik an der deutschen Weltpolitik nach hinten zu stellen. Diesen Schritt will Kurt Eisner - aufgrund seiner aus der „Marokkokrise“ gezogenen Erkenntnisse - keinesfalls mitgehen. In der Fränkischen Tagespost, der er seit März 1907 angehört, warnt er nachdrücklich vor dem „Nachlassen im Kampf gegen den Militarismus“.

Juli 1910 – Zeitgenössische Kritik am Ludwig-II.-Monument

München-Au - München-Isarvorstadt * Das Ludwig-II.-Denkmals ist bereits zu seiner Bauzeit umstritten, wie ein Leserbrief in der Zeitschrift „Der Profanbau“ zeigt: „Die neueste bauliche Tat auf hiesigem Boden ist eine Untat und heißt Denkmal König Ludwig II.. Auf der Corneliusbrücke, dem monumentalen, schönen Werke des erfolgreichen Friedrich von Thiersch, das als Architektenscherze Porträts von Halbweltdamen, Zuhältern und anderen Bewohnern bedenklicher Viertel eingemeißelt bekam, erhebt sich dies neueste Denkmal, das die Form einer schlecht kopierten Altarnische hat und eine überlebensgroße Figur aus der privilegierten Künstlerhand des Reichsrates und kgl. Erzgießers Ferdinand v. Miller vor dem Regen und bösen Wettern schützt. Fast einmütig lehnt man hier diese Mache ab. [...]“

12. Dezember 1912 – Prinzregent Luitpold stirbt - Ludwig III. wird Prinzregent

München-Graggenau * Der 91-jährige Prinzregent Luitpold stirbt. Er wird von der Kritik - wegen



seines Desinteresses in politischen und wirtschaftlichen Fragen - schlicht für unfähig gehalten. Luitpolds 67jähriger Sohn Prinz Ludwig III. tritt seine Nachfolge als Prinzregent an. Der letzte bayerische Monarch „von Gottes Gnaden“ wird jedoch die Herzen seiner Untertanen nie erreichen.

21. Mai 1913 – Der Komponist Richard Wagner erhält ein Denkmal

München-Bogenhausen - München-Haidhausen * Einen Tag vor dem 100. Geburtstag Richard Wagners wird ihm zu Ehren eine Statue neben dem Prinzregententheater enthüllt. Heinrich Waderé hat das Monument gestaltet. Aus mehreren zur Verfügung stehenden Entwürfen wählt man denjenigen aus, der den Komponisten in ähnlicher Pose zeigt, wie das berühmte Porträt von Johann Wolfgang von Goethe in der Campagne. Da die ruhende Darstellung des Künstlers extrem stark im Gegensatz zu dem unsteten Leben des Musikers steht, kommt bald Kritik hoch, in die sogar das städtische Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einstimmt. Letztlich beruhigt aber ein einziges Argument alle Kritikerstimmen: Da Richard Wagner von Natur aus nur mit einer geringen Körpergröße ausgestattet war, hätte ein stehendes Denkmal die Öffentlichkeit nur wenig beeindruckt. Der Marmor für die Figur stammt vom Untersberg. Er umfasst als Rohblock 14 Kubikmeter Inhalt und wiegt 600 Zentner. Über dreißig Pferde sind notwendig, um diese gewaltige Last vom Untersberger Steinbruch zur nächsten Eisenbahn zu schaffen, mit der er ab Berchtesgaden nach München gebracht wird. Bildhauer Heinrich Waderé hat sich am Ostbahnhof ein provisorisches Atelier eingerichtet. Da die fertige Marmorfigur noch immer 450 Zentner wiegt gestaltet sich der Transport vom Atelier zum Aufstellungsort als besonders schwierig. Er nimmt mehr als zwei Tage in Anspruch. Die Statue muss mit einer Straßenlokomotive der Firma Maffei zum Ort seiner Aufstellung gebracht werden. Dort behindert vor allem der weiche Boden die Arbeiten, da sich die Räder des Transportwagens immer wieder eingraben. Cosima und Siegfried Wagner lehnen ihre Teilnahme an der Denkmalenthüllung ab. Bei Cosima sind es gesundheitliche, bei Siegfried grundsätzliche Gründe. Die Konkurrenz der Münchner Festspiele für Bayreuth sind aber die wahren Beweggründe. Das gesellschaftliche Ereignis an der Prinzregentenstraße wird durch Richard Wagners „Huldigungsmarsch“ eröffnet. Münchens erster Bürgermeister, Wilhelm von Borscht, hält eine Ansprache und Ernst von Possart, der Initiator des Denkmals, sagt in seiner Rede: „So grüßen wir Dich, Unsterblicher! Möge Dein Antlitz uns leuchten“. Prinzregent Ludwig III. enthüllt schließlich das Wagner-Denkmal. Die sozialdemokratische Tageszeitung Münchener Post kommentiert das Ereignis mit den Worten: „Das Streben Münchens, die seiner Zeit an Bayreuth abgegebene Hegemonie im Reiche von Wagners Kunst an sich zu bringen - das heimliche Agens [die treibende Kraft] unserer



Festspiele - hat uns nun endlich ein würdiges Denkmal des Meisters beschert.“ Gleichzeitig kritisiert das Blatt, dass der Eröffnungsakt nicht dem Festwiesenbild der Wagner'schen Meistersinger entsprach und auf den „Wach-auf-Chor“ kein spontaner Jubel des Volkes, sondern ein „hochoffiziell-eisernes Schweigen“ der „aristokratisch-bürgerlichen Festversammlung“ folgt. Den Abschluss der Einweihungsfeierlichkeiten für das Musiker-Standbild bildet der „Tannhäusermarsch“.

23. August 1914 – Kronprinz Rupprecht wird zunächst als bedeutender Feldherr gefeiert

München - Berlin * Gleich unmittelbar nach der Schlacht wird der bayerische Kronprinz Rupprecht als „bedeutender Feldherr“ gefeiert. Der „Sieger von Lothringen“ wird sowohl von seinem Vater, König Ludwig III., mit dem er in militärischen Fragen nur selten im Einklang steht, als auch von Kaiser Wilhelm II. mit den höchsten Auszeichnungen dekoriert. In zahlreichen Darstellungen auf Postkarten wird Rupprecht regelrecht zum Kriegshelden hochstilisiert. Doch nur wenige Wochen später, nachdem die Kampfhandlungen eine ungünstige Wendung genommen haben, spricht man in den Kreisen führender Militärs laut und deutlich hörbar Kritik an Rupprechts Vorgehen in Lothringen aus. Es heißt, sein persönliches Prestigebedürfnis habe ihn zur Offensive entgegen dem Schlieffen-Plan angetrieben. Dieses Verhalten wird Deutschland nun sehr teuer zu stehen kommen.

18. Dezember 1917 – Kann Kurt Eisner die USPD überzeugen?

Berlin - München * Kurt Eisner schreibt seiner Frau Else aus Berlin folgende Zeilen: „Es scheint mir nun doch gelungen, die schlafenden Seelen ein wenig aufzurütteln. Man hat meine Kritik anerkannt und meine Vorschläge angenommen. Alles kommt darauf an, ob sich die Persönlichkeiten finden, die für die Arbeit notwendig sind. Man hat mich selbst gebeten, die Tätigkeit hier zu übernehmen“.

10. Januar 1918 – USPD-Kritik an den Annexionsplänen

Berlin * Die USPD-Reichstagsfraktion kritisiert in einem Aufruf die Annexionspläne des deutschen Imperialismus im Osten scharf.



6. Juni 1918 – Die USPD bleibt im Parlament völlig isoliert

Berlin * Die USPD kann unter den herrschenden Ausnahmegesetzen fast nur noch den Reichstag oder die einzelnen Landtage als Tribüne nutzen, um ihre Kritik an der Obersten Heeresleitung - OHL in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie bleibt mit ihrer Einsicht in die verheerenden Folgen der deutschen Politik auch im Parlament völlig isoliert (sie stimmt als einzige Fraktion gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk). Der USPD-Vorsitzende Hugo Haase gibt sich jedenfalls diesbezüglich keinerlei Illusionen hin. In seiner Rede im Reichstag sagt er: „Wer etwa glaubte, daß durch Reden, und seien es die schärfsten Reden, die Regierung in eine andere Richtung gebracht werden könnte, irrt sich. Die Erfahrungen von fast vier Jahren müssten in dieser Beziehung aufklärend wirken. [...] Das Volk muss eingreifen, der Reichstag hat versagt und wird weiter versagen.“

17. Juni 1918 – Interner Widerstand gegen die MSPD-Reichstagspolitik

Bayreuth * Der Gautag der nordbayerischen MSPD zeigt, wie sehr die dortigen Organisationen den bisherigen Kurs des Parteivorstandes kritisch oder gar direkt ablehnend bewerten. Erhard Auer stößt mit seiner Taktik der nahezu bedingungslosen Unterstützung der Regierung ohne erkennbare Gegenleistung in seiner eigenen Partei auf zunehmenden Widerstand. In der verabschiedeten Resolution zur politischen Lage heißt es: „Wir verlangen daher, dass die Reichstagsfraktion in Übereinstimmung mit dem Willen der Wählerschaft und mit den Forderungen unseres Programms zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes nunmehr von der bloßen Kritik dazu übergeht, von den schärfsten parlamentarischen Machtmitteln Gebrauch zu machen und durch ihre Abstimmungen die Mitverantwortung für die Politik der Reaktion und des Landraubes abzulehnen.“

12. Oktober 1918 – USPD-Kritik an der Regierung mit MSPD-Beteiligung

Berlin * Ein Erlass legt die Amnestie der politischen Gefangenen in die Hand der einzelnen Landesfürsten. Diese Entscheidung stößt bei der USPD und in Teilen der MSPD auf starke Kritik. Auch an den geltenden Zensurbestimmungen ändert sich zunächst ebenfalls wenig. Als der USPD-Parteivorsitzende Hugo Haase daraufhin in einer öffentlichen Veranstaltung erklärt, dass noch immer „der alte reaktionäre Wind“ weht, wird die Versammlung aufgelöst. Auf die Vorwürfe, dass von einer Neuorientierung in der Innenpolitik noch nichts spürbar sei, reagierte die Regierung nicht.



28. Oktober 1918 – Neue politische Verhältnisse und der alte Kaiser

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten betonen in einem mit „Der Kaiser und die neue Zeit“ überschriebenen Leitartikel, dass die neuen politischen Verhältnisse „alle Grundlagen seiner Auffassung vom Herrscherberuf über den Haufen“ geworfen hätten. Daraus sollte jetzt die Folgerung gezogen werden. Sonst entsteht ein innerlich unwahrer Zustand, der über kurz oder lang zu Konflikten führen müsse. Das ist zwar noch eine sehr verklausulierte und versteckte politische Kritik an Wilhelm II., aber damit wird das sich selbst auferlegte Verbot, den Kaiser nicht anzugreifen oder zu demontieren, immer öfter durchbrochen.

6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

13. Dezember 1918 – Die Arbeiter- und Soldatenräte als Störfaktor bezeichnet

Berlin * Dem Reichskanzler Friedrich Ebert geht der Einfluss der Arbeiter- und Soldatenräte zu weit: „So kann es nicht weitergehen, wir blamieren uns vor der Geschichte und der ganzen Welt. [...] Das Herum- und Hineinregieren der Arbeiter- und Soldatenräte muss aufhören.“ Schon zuvor wurde von der Regierung heftige Kritik an den als Störfaktor angesehenen Arbeiter- und Soldatenräten geübt, bei denen sich um „die Organisationen der Unordnung“ handle.

23. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung droht Reichskanzler Ebert

Kassel - Berlin * Als Generalquartiermeister Wilhelm Groener von der gütlichen Einigung erfährt, übt er heftige Kritik an dieser Vorgehensweise. In einem Telefonat mit dem Reichskanzler Friedrich Ebert erklärt er, dass es so nicht geht. „Wenn Sie gefangen gesetzt sind, und von der Truppe befreit werden, muss die Truppe auch die Möglichkeit haben, die Gegner [...] nach



Kriegs- und Standrecht zu behandeln. Wenn so etwas noch einmal vorkommt, kann ich mit Ihnen nicht mehr weiter zusammengehen; denn dann verderben Sie uns die Truppe“. Einen von Groener vorgeschlagenen Angriff am nächsten Tag auf die im Stadtschloss und im Marstall befindlichen Angehörigen der Volksmarinedivision stimmt Ebert zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu.

25. Dezember 1918 – Die MSPD-Parteizeitung Vorwärts wird von Demonstranten gestürmt

Berlin * Weil das MSPD-Parteiorgan Vorwärts Kritik am Verhalten der Volksmarinedivision äußert, endet eine Demonstration mit der Besetzung der Zeitung. Die Besetzer richten einen provisorischen Redaktionsstab ein. Dieser lässt ein Flugblatt drucken, das dass „lügerische Reptil“ Vorwärts von nun an als „Roter Vorwärts“ erscheinen und der Bevölkerung „die heiß ersehnte Wahrheit verkünden“ wird.

4. Februar 1919 – Kurt Eisner spricht auf der Sozialisten-Konferenz in Bern

Bern * Ministerpräsident Kurt Eisner rechnet auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Bern mit den Sozialdemokraten ab, nachdem der Vertreter der MSPD, Otto Wels, eine wehleidige Rede hält, in der er die Haltung seiner Partei vor und während des Krieges den Vertretern des sozialistischen Europas darlegen will. Im Gegensatz zu Welsch bekennt sich Kurt Eisner ausdrücklich zur deutschen Schuld. Er erhält dafür am Kongress einen rauschenden Beifall, wird dafür aber in Deutschland bitter kritisiert. Annette Kolb, die als Journalistin in Bern dabei ist, vermerkt: „Was nun verlautete, war ein Plädoyer für Deutschland, wie es niemals ergreifender formuliert wurde. Seine kalte Stimme beibehaltend, enthüllte er die ganze Tragik des unglücklichen Landes. ‚Die Stimme derer, welche im Kampf um die Ideen einer besseren Welt namenlos in den Kerkern verblichen‘, rief er schneidend den fremden Delegierten zu, ‚drangen nicht bis zu euch! Stumm verbluteten sie‘. Und im Namen jener neuen und besseren Welt verlangte er die Freigabe der zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Man hielt den Atem an. Denn vor uns stand ein Entronnener aus eben jener Schar stummer Blutzeugen für die Idee der Gewaltlosigkeit, der Wahrheit und der Menschenliebe. Dies war ihr Los wie vor 2.000 Jahren. In Eisner hatte der Kongress wohl seine eindrucklichste Figur“.

15. Februar 1919 – USPD-Kritik am Regierungsprogramm

Weimar * In seiner Stellungnahme zum Programm der Regierung Scheidemann erklärt Hugo



Haase [USPD]: „Was diesem Programm fehlt, das ist auch der kleinste Tropfen sozialistischen Öles“.

18. Februar 1919 – Kritik am Vollzugsausschuss, Landessoldatenrat sowie an Kurt Eisner

München * In einer Erklärung des 1., 2. und 3. Fußartillerie-Regiments stellen sich diese gegen den Vollzugsausschuss und den Landessoldatenrat sowie gegen Kurt Eisner. Dafür unterstützen sie den Minister für militärische Fragen, Albert Roßhaupter.

21. Februar 1919 – Josef Hofmiller: Kurt Eisner war Opfer der eigenen Politik

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, nationalkonservativ gesinnter Gymnasiallehrer und Verfasser von Essays und Literaturkritiken, dazu Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, betrachtet Kurt Eisner in seinem Revolutionstagebuch als Opfer der eigenen Politik: „Eisner forderte durch sein ganzes Verhalten zu seiner gewaltsamen Entfernung heraus. Er erklärte bei jeder Gelegenheit, dass es ihm nicht einfalle, als Ministerpräsident zu gehen. Er hätte sicher noch die schwerste Opposition gemacht. Es war nicht möglich, mit ihm zu regieren; es wäre vermutlich nicht möglich gewesen, ohne ihn zu regieren, da er einen zwar kleinen, aber zu allem entschlossenen Anhang hinter sich hatte. Unzweckmäßig scheint mir, dass man ihn nicht früher beseitigte, und zwar auf vollkommen harmlose Weise. Der gegebene Augenblick wäre gewesen, als er von der Schweiz zurückkehrte. [...] Man hätte ihn z. B. zwischen Füssen und Murnau in irgendeine Jagdhütte des Ammergebirges bringen können, von ihm Verzicht auf sein Amt verlangen, ihn sodann über die Grenze schaffen, ihm seine Papiere usw. abnehmen. Inzwischen wären acht bis vierzehn Tage vergangen, der Landtag wäre eröffnet worden, und der Unruhestifter wäre ohne Blutvergießen erledigt gewesen. So wird sein gewaltsamer Tod einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Aber wäre dieser Bürgerkrieg nicht sowieso gekommen? Die Auseinandersetzung mit den Räten ist unvermeidlich. Es fragt sich jetzt nur, wer die Macht hat. Wer sie am Schluss haben wird, ist mir nicht zweifelhaft. Aber einstweilen kann es immerhin ein heftiges Durcheinander geben. Ich bedaure, dass wir heute nicht im ‚Union‘ zusammenkommen können, nachdem ich schon vor acht Tagen nicht dort war. [...] Ich habe den Tod Eisners vorausgesehen und vorausgesagt.“

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die



Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

10. April 1919 – Die Vossische Zeitung zum Verzicht der systemlosen Papiergeldwirtschaft

Berlin - München * Auf Silvio Gesells Vorschlag gegenüber dem Reichsbankpräsidenten Rudolf Havenstein, auf die „systemlose Papiergeldwirtschaft“ zu verzichten, titelt die auf die Auflage schielende Vossische Zeitung in Berlin: „Abschaffung des Bargeldes in Bayern“. Darin heißt es: „Gesell, der mit einem Kern gesunder währungspolitischer Kritik utopische Ideen der Lösung aller Fragen durch seine sogenannte absolute Währung verband, wurde in Fachkreisen nicht ganz ernst genommen. Sein Auftauchen in der Münchener Räteregierung rief einiges Lächeln hervor, und das neueste Telegramm dürfte auch kaum den Reichsbankdirektorium Anlass zu sehr schwierigen Beratungen geben.“

April 1921 – Josephine Baker erstmals am Broadway

New York * Mit „Shuffle Along“ wird das erste erfolgreiche afroamerikanische Musical am Broadway aufgeführt. Nach mehreren Versuchen schafft Josephine Baker die Aufnahme in das Ensemble. Gleich am ersten Abend tanzt sie - zum Ärger ihrer Kolleg*innen - aus der Reihe und improvisiert eine clowneske Tanznummer. Der Manager will ihr umgehend kündigen,



doch der Komponist hält ihn davon ab. Und tatsächlich erreicht es Josephine, in fast allen Kritiken positiv erwähnt zu werden. So wird ihr die Aufmerksamkeit zuteil, die sie schon immer gesucht hat.

6. November 1923 – Kardinal Faulhaber verweigert sich gegenüber Reichskanzler Stresemann

Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber, der seit dem Kriegsende nicht müde wird zu betonen, dass die Ausschaltung der Kirchen aus dem öffentlichen Leben Anstand, Sitte, öffentliche Moral und Autoritätsglauben untergraben, verweigert sich aber gegenüber dem Reichskanzler Gustav Stresemann, als ihn dieser im Oktober 1923 bittet, „sich in den Dienst der Sache der sittlichen Wiedergeburt zu stellen“. Zwei Tage vor dem sogenannten Hitler-Ludendorff-Putsch teilt ihm der Kardinal mit, dass er für eine Mitarbeit „aus gesundheitlichen Gründen und aus kirchenrechtlichen Bedenken“ nicht zur Verfügung steht. Ansonsten meint er aber, „daß die Kirche es als eine Gewissenspflicht empfindet, an der sittlichen Wiedergeburt des Volkes, im Besonderen an dem Abbau der Kritiksucht und an der Pflege des Autoritätssinnes, an dem Abbau- der Selbstsucht und an der Pflege des Opfersinnes nach Kräften mitzuarbeiten.“ Weitere allgemein gehaltene und nicht zur Problemlösung beitragende Floskeln folgen.

3. März 1929 – Erfolg in Berlin: „Aus der Kinderstube des Films“

Berlin * Im Berliner Kino Kapitol am Zoo werden die unter dem Titel „Aus der Kinderstube des Films“ zusammengefassten Karl-Valentin-Filme gezeigt. Der Münchner Komiker wird von der überregionalen Filmkritik gefeiert.

16. April 1933 – Der „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ gegen Thomas Mann

München * Gegen den „Wagner-Vortrag“ Thomas Manns organisieren der Bayerische Staatsoperndirektor Prof. Hans Knappertsbusch und der Generalmusikdirektor Prof. Dr. Hans Pfitzner einen „Protest der Stadt München“. Dieser wird in den Münchner Neuesten Nachrichten abgedruckt und ist von den führenden Vertretern des künstlerischen Lebens Münchens unterzeichnet worden. Darunter der Präsident der Akademie der Bildenden Künste, Prof. Dr. German Bestelmeyer; der Bildhauer Bernhard Bleeker; Oberbürgermeister Karl Fiehler; der Akademieprofessor Olaf Gulbransson; der Generalintendant der Bayerischen Staatstheater, Clemens von Frankenstein; der



Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß; der Präsident der Industrie- und Handelskammer Josef Pschorr und viele andere Honoratioren mehr. In dem Protestschreiben heißt es: „Nachdem die nationale Erhebung Deutschlands festes Gefüge angenommen hat, kann es nicht mehr als Ablenkung empfunden werden, wenn wir uns an die Öffentlichkeit wenden, um das Andenken an den großen deutschen Meister Richard Wagner vor Verunglimpfung zu schützen. Wir empfinden Wagner als musikalisch-dramatischen Ausdruck tiefsten deutschen Gefühls, das wir nicht durch ästhetisierenden Snobismus beleidigen lassen wollen, wie das mit so überheblicher Geschwollenheit in Richard-Wagner-Gedenkreden von Herrn Thomas Mann geschieht. [...] Wir lassen uns eine solche Herabsetzung unseres großen deutschen Musikgenies von keinem Menschen gefallen, ganz sicher aber nicht von Herrn Thomas Mann, [...]. Wer sich selbst als derart unzuverlässig und unsachverständig in seinen Werken offenbart, hat kein Recht auf Kritik wertbeständiger deutscher Geistesriesen.“ Thomas Mann wiederholt seinen Vortrag in Amsterdam, Brüssel und Paris. Doch nach dem „Protest der Richard-Wagner-Stadt München“ kann er nicht mehr in seine Heimatstadt zurückkehren.

1936 – Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz

München-Haidhausen * Rüstungsminister Albert Speer, ein enger Vertrauter und schon aus diesem Grund ganz bestimmt kein Kritiker des als „Führer“ bezeichneten Parteivorsitzenden, Reichskanzlers und Reichspräsidenten Adolf Hitler, beschreibt dessen Neun-Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz 16 folgendermaßen: „Ich wurde zunächst in einen Vorraum eingelassen, der mit Andenken oder Geschenken niedrigen Niveaus vollgestellt war. Auch die Möblierung zeugt von schlechtem Geschmack. [...] Hitlers Wohnung war die eines Privatmannes von mittleren Einkommen, etwa eines Studienrats, des Filialleiters einer Depositenkasse, eines kleinen Geschäftsmannes. Die Einrichtung war von kleinbürgerlichem Zuschnitt. Reichgeschnitzte, massiv eichene Herrenzimmermöbel, Bücher hinter Glastüren, gestickte Kissen mit zärtlichen Inschriften oder kräftigen Parteiwünschen. In einer Zimmerecke stand eine Richard-Wagner-Büste, an den Wänden hingen, in breiten Goldrahmen, idyllische Malwerke der Münchner Schule. Nichts verriet, daß der Inhaber dieser Wohnung seit drei Jahren deutscher Reichskanzler war. [...]“

13. März 1965 – Die Beatles landen zu Filmaufnahmen in Salzburg

Salzburg * Die Beatles landen zusammen mit der 66 Mann starken Filmcrew am Salzburger Flughafen Maxglan. Beim Verlassen des Flugzeugs schallt den „Fab Four“ von viertausend begeisterten Fans, die zum Teil aus dem benachbarten Bayern in Sonderbussen angereist



waren, ein tausendfaches „Yeah, yeah, yeah!“ entgegen. Unter die Beatles-Verehrer*innen mischen sich vierzig bis fünfzig Schüler*innen, die Transparente hochhalten, auf denen zu lesen ist: „Beatles go home“, „Verstärkung für den Alpenzoo“ oder „Hoch dem Eunuchen-Chor“. Geschmacklos angesichts des wenige Tage zuvor geschehenen Unglücks die Aussage „Lawinen, marsch!“. Die Fans bewerfen die Kritiker mit Schneebällen, sodass diese - begleitet von Blasmusik-Klängen - abziehen.

1967 – Die Anna-Klosterkirche erhält ihren ursprünglichen Formenreichtum

München-Lehel * In einem zehn Jahre andauernden Prozess erhielt die Anna-Klosterkirche nun langsam ihren ursprünglichen Formen- und Farbenreichtum wieder. Während der Wiederaufbauarbeiten gibt es aber nicht nur wohlmeinende Unterstützung, sondern auch herbe und ablehnende Kritik, da statt eines Neubeginns wieder mit den alten, überkommenen Formen gespielt wird. Die Handwerker beginnen mit der Stuckierung der Kirche und der Ausmalung mit Fresken.

9. November 1979 – Kirchenproteste gegen den Film „Das Leben des Brian“

York * Der Erzbischof von York ruft alle Christen und besorgten Bürger auf, die zuständigen Gremien vor dem Film „Das Leben des Brian“ zu warnen, „so wie in anderen Fällen, wo es schien, dass ein Film den Wert des Menschen missachtet [...]“. Wie viele andere religiöse Kritiker hat auch er den Film zuvor nicht gesehen.

23. Juli 1985 – Die „Lex Schuierer“ ermöglicht den Selbsteintritt

München-Haidhausen * Mit einer Änderung des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes schafft der Freistaat ein sogenanntes Selbsteintrittsrecht. Dadurch kann eine Aufsichtsbehörde Aufgaben einer nachgeordneten Behörde übernehmen. Im Fall der WAA kann die Regierung der Oberpfalz damit anstelle des Landratsamtes Schwandorf handeln und die verweigerten Genehmigungen erteilen. Kritiker bezeichnen die Gesetzesänderung als „Lex Schuierer“. Sie tritt am 1. August 1985 in Kraft.

16. Januar 1986 – Regensburger Physiker warnen vor der WAA



Regensburg * 50 Physiker der Universität Regensburg veröffentlichen eine Resolution, in der sie vor den Gefahren der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage warnen. Insgesamt 173 Hochschulangehörige unterstützen die Erklärung mit ihrer Unterschrift. Die Stellungnahme verleiht der wissenschaftlichen Kritik an dem Projekt zusätzliches Gewicht.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

3. November 2000 – Die August-Everding Theater-Akademie in Bogenhausen

München-Bogenhausen * Die Studiengänge Musical, Dramaturgie sowie Theaterkritik der August-Everding Theater-Akademie beziehen die Bürgermeistervilla in Bogenhausen.

25. April 2005 – Maximilian Joseph Graf von Montgelas bekommt ein Denkmal

München-Kreuzviertel * Mit den Worten: „Heute erfüllt sich ein lang gehegtes Anliegen: Der



Freistaat Bayern ehrt den großen Staatsmann Minister Maximilian Joseph Graf von Montgelas mit der Aufstellung eines Denkmals am Promenadeplatz“, übergibt Finanzminister Kurt Faltlhauser das Denkmal der Öffentlichkeit. Die fast zehn Tonnen schwere und 6,20 Meter hohe Skulptur wurde - nach einem Wettbewerb - von der Berliner Künstlerin und Kunstprofessorin Karin Sander geschaffen. Sie ließ dazu Montgelas-Büsten und Gemälde fotografieren und einscannen. Mit den gesammelten Daten errechnete der Computer ein dreidimensionales Bild. Auf dieser Datenbasis entwickelte die Künstlerin und der Engineering-Dienstleister Bertrandt AG das tragende Stahlgerüst der aus fünfzehn Segmenten bestehenden Aluminiumfigur. Die einzelnen Teile wurden aus viereckigen Rohlingen mit einem Gesamtgewicht von dreißig Tonnen auf Fünf-Achs-Hochgeschwindigkeitsfräsen ausgefräst. Die acht Tonnen schwere Figur wird von einem eineinhalb Tonnen schweren Stahlgerüst getragen. Die Verbindungstechnik im Inneren der Skulptur wiegt weitere 500 Kilo. Damit das Montgelas-Denkmal richtig wirkt, muss man es aus einiger Entfernung betrachten, erst dann kann man den Dargestellten eindeutig identifizieren. Je näher man der Statue kommt, desto mehr löst sie sich - bedingt durch die Oberflächenstruktur - auf und wird abstrakt. Dieses Abstandhalten zu dieser geschichtsträchtigen Persönlichkeit war ein Anliegen der Künstlerin. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Höhe der Skulptur. Dabei ist sie mit ihren 6,20 Metern exakt genauso hoch wie das daneben stehende Orlando-di-Lasso-Denkmal. Allerdings mit dem Unterschied, dass der Aluminium-Montgelas nicht auf einem Sockel, sondern in der Wiese steht. Und das ist angemessen, da in einer demokratischen Gesellschaft niemand mehr idealisiert dargestellt und auf einem Sockel aufgestellt werden darf und damit für den normalen Bürger unerreichbar wird. Und ein Reformator, der noch dazu mit beiden Beinen auf dem Boden der Realität steht, kann, wenn schon unbedingt ein persönliches Denkmal Aufstellung finden muss, durchaus angemessen sein. Gleichzeitig mit der Aufstellung des Montgelas-Denkmals wird sang- und klanglos die Gedenktafel für Bayerns ersten demokratischen Ministerpräsidenten, Kurt Eisner, mit der Begründung entfernt, dass ja in angemessenem Abstand und an authentischer Stelle seit dem Jahr 1989 eine Bodenplatte angebracht worden ist. Die Eisner-Gedenkplatte wird im Depot des Münchner Stadtmuseums abgestellt.

20. Januar 2009 – Streit um die Nährwertprofile

Brüssel * Nach Ablauf der Frist für die Einführung der Nährwertprofile sorgt deren Ausgestaltung für heftige Diskussionen. Die Europäische Kommission arbeitet an Entwürfen, die unter anderem Grenzwerte für den Salzgehalt von Brot und Backwaren vorsehen – allerdings ausschließlich für den Fall, dass diese mit gesundheitsbezogenen Aussagen beworben werden. Das deutsche Bäckerhandwerk befürchtet, traditionelle Brotsorten und Brezen könnten dadurch benachteiligt



werden. Kritiker warnen vor einer übermäßigen Regulierung, während Verbraucherschützer die Nährwertprofile als wirksames Mittel gegen irreführende Gesundheitswerbung begrüßen. Tatsächlich geht es in der Debatte weder um ein Verbot von Brot oder Brezen noch um Vorschriften für deren Rezepturen, sondern allein um die Voraussetzungen für gesundheitsbezogene Werbeaussagen.

4. Dezember 2013 – Kritik am Gedenkstein für die Trümmerfrauen

München-Graggenau * Die GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Katharina Schulze und Sepp Dürr stülpen über den im Mai aufgestellten „Gedenkstein für die Trümmerfrauen und die Aufbaugeneration“ am Marstallplatz einen brauen Sack. Dieser trägt die Aufschrift: „Den richtigen ein Denkmal. Nicht den Alt-Nazis. Gegen Spaenles Geschichtsklitterung.“ Die Begründung: Er vermittelt „ein falsches Bild von den Aufräumarbeiten in der Stadt. Mehr als 90 Prozent der Männer und Frauen, die später zu Trümmerfrauen stilisiert wurden, waren zwangsverpflichtete Alt-Nazis, die um ihre Essensmarken bangten“.

28. April 2014 – Siegfried Able übernimmt das ehemalige Hippodrom als Marstall

München-Theresienwiese * Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wer die Nachfolge für Ex-Wiesnwirt Sepp Krätz im Hippodrom antreten soll. Sepp Krätz war am 28. März von der Wirtschaftsstrafkammer am Landgericht München I in 36 Fällen wegen Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe von 570.000 Euro verurteilt. Seine Schanklizenz für den Andechser am Dom hat er bereits verloren, das selbe Verfahren für die Waldwirtschaft in Großhesselohe wird im Mai angeschlossen. Das Wirtzelt wird Siegfried Able, der bisherige Wirt der Kalbskuchl auf der Wiesn, übernehmen. Er ist Betreiber des See-Biergartens Lerchenau mit 1.200 Plätzen, des Eiszaubers am Stachus und seit 2008 auch der Kalbskuchl. Zudem gehören ihm Pizza-Stände im Stachus-Untergeschoss und im Hauptbahnhof, in Letzterem auch der Süßigkeitenstand Münchner Zuckerl. Im Tierpark Hellabrunn hat er einen Biergarten, ein Café und einen Fish-and-Chips-Stand. Siegfried Able wird das Hippodrom in Marstall umbenennen. Auch das Festzelt wird vollkommen neu gestaltet. Seine Kalbskuchl mit 300 Plätzen übernimmt Erich Hochreiter, der Wirt des Biergartens am Viktualienmarkt. Der Besetzung des Wirtzeltes auf der Wiesn gehen hinter den Kulissen heftige Auseinandersetzungen. Deutlich und laut fällt die Kritik an dem seit 1980 praktizierten Vergabesystem der Stadt aus, das zwar korrekt abgewendet worden sei, aber aus einer Zeit stammt, als Volksfeste noch ein reines Reisegewerbe waren. Unangenehm heftig fällt die



Kritik des Sprechers der Wiesnwirte, Toni Roiderer, aus. Für ihn ist der „Emporkömmling“ Siegfried Able nur ein „Kioskbetreiber“, der nie „Wunschkandidat“ war. Die etablierten Wiesnwirte wollen sogar ernstlich prüfen, ob sie ihn überhaupt in ihrem Kreis aufnehmen wollen.
